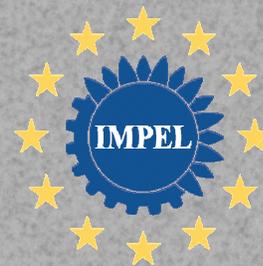


# Umweltkonflikte im Dialog lösen



European Union Network for  
the Implementation and Enforcement  
of Environmental Law

## Das Projekt

Am Projekt »Informelle Lösungen von nachbarschaftlichen Umweltkonflikten im Dialog« nahmen dreißig Vertreter aus siebzehn IMPEL-Mitgliedsstaaten teil. Auf zwei Konferenzen im November 2004 und im Mai/Juni 2005 in Hannover untersuchten die Teilnehmer den Einsatz von Dialogverfahren als Methode zur Konfliktlösung für Industriestandorte mit Nachbarschaftsbeschwerden.

Konflikte mit der Nachbarschaft treten vor allem bei Standorten des produzierenden Gewerbes, der Abfallwirtschaft und des Bergbaus



Begrüßung der Nachbarn zu einem Nachbarschaftskreis mit Betriebsbesichtigung bei Honeywell Specialty Chemicals Seelze GmbH

auf, da von ihnen Emissionen oder potenzielle Gefahren wie Gesundheitsrisiken ausgehen können. Hiervon sind insbesondere Industriestandorte betroffen, die sich in der Nähe von Wohngebieten befinden – besonders solche Standorte, an die die Wohnsiedlungen erst im Laufe der Zeit heranrückten. Konflikte entzündeten sich beispielsweise an Gerüchen, Lärm, Luftverschmutzung, Unfällen, Störfällen oder neuen Zulassungsverfahren.

Die Teilnehmer des Projekts diskutierten verschiedene Fallstudien und tauschten ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Dialogverfahren aus.

Dabei umfassten die Diskussionen Anwendungsbereiche, Vorteile, Chancen, Risiken und Grenzen von Dialogverfahren, ihre notwendigen



Nachbarn von Volkswagen Nutzfahrzeuge besuchen die neue Lackieranlage, deren Planungsverfahren sie begleitet haben.

Rahmenbedingungen, vorbildliche Verfahren (Best Practice) und die Beteiligung von Behörden. Die folgenden Absätze fassen die wichtigsten Aspekte und Empfehlungen zur erfolgreichen Anwendung von Dialogverfahren zusammen.

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,



ich freue mich, Ihnen die Empfehlung des EU-IMPEL-Netzwerkes zum Nachbarschaftsdialog zu überreichen, die Teilnehmer aus 17 europäischen Staaten erarbeitet haben.

Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover hat das IMPEL Projekt »Informal resolution of environmental conflicts by neighbourhood dialogue« geleitet, um einen Erfahrungsaustausch über Dialogverfahren in den Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Bereits seit Mitte der 90er Jahre machen wir in Niedersachsen mit diesem systematisch eingesetzten Instrument beste Erfahrungen. Wenn Unternehmen in einem kontinuierlichen und offenen Dialog mit ihrer Nachbarschaft stehen, profitieren dabei alle Seiten. Dialog

bedeutet, dass Umweltkonflikte konstruktiv gelöst oder ganz vermieden werden können. Unternehmen berücksichtigen frühzeitig Interessen ihrer Anwohner – z. B. auch bei ihren Investitionsplanungen. Umgekehrt wächst das Verständnis für rechtliche Rahmenbedingungen und unternehmerische Sichtweisen. Die Beteiligten finden im Zusammenspiel sinnvolle Lösungen, bei denen meist auch die Umweltleistung verbessert wird. Da langwierige Beschwerden und Gerichtsverfahren oder Auflagen für teure Nachinvestitionen überflüssig werden, entlastet dies auch unsere Behörden.

Die Diskussion und Auswertung von Fallbeispielen aus der Praxis vieler Aufsichts- und Genehmigungsbehörden der 17 teilnehmenden IMPEL-Mitgliedsstaaten hat gezeigt, dass viele unserer Nachbarn ähnliche Dialoginstrumente kennen und einsetzen. Die Teilnehmenden des Projektes diskutierten Chancen und Risiken und befanden übereinstimmend: Es lohnt sich,

in einen weitergehenden Einsatz von Dialoginstrumenten zu investieren.

Warum und wie Dialoge wirken, können Sie auf den folgenden Seiten und ausführlicher unter [www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de](http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de) (IMPEL-Projekt) nachlesen.

Ich bedanke mich bei allen Projektbeteiligten und wünsche allen Dialoginteressierten eine spannende Lektüre und viel Erfolg bei der Anwendung von Dialogen zur Lösung von Umweltkonflikten.

**Hans-Heinrich Sander**  
Niedersächsischer Umweltminister

## Die Hauptergebnisse

Gesetze setzen nicht nur den verbindlichen Rahmen, sondern eröffnen auch Spielraum für Ermessen und Dialog. Vor einer Dialoginitiative sollte man Chancen und Risiken prüfen (Nr.5+6).

Dialoge unterstützen Unternehmen und Nachbarn, ihre Umweltkonflikte selbst zu lösen. Bestimmte nachbarschaftliche Probleme lassen sich so effektiver und effizienter behandeln als nur über den traditionellen Weg Rechtsnormen durchzusetzen.

Dialoge bieten den Behörden systematische und strukturierte Ansätze, um Nachbarn und Betreiber ins Gespräch miteinander zu bringen und Konflikte zu lösen. Dabei können Dialoge weder die üblichen Aufgaben und

Dialoge und ihre Ergebnisse müssen den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Verantwortlichkeiten der Behörden noch Rechtsvorschriften ersetzen – Dialoge übernehmen eine ergänzende Funktion.

Entstehen allerdings erhebliche Gefahren für Gesundheit oder Umwelt, lehnt ein wichtiger Akteur seine Teilnahme am Dialog ab oder missbraucht ihn gar (z. B. um Zeit zu gewinnen), sollten Behörden auf herkömmliche Methoden zurückgreifen – z. B. aufsichtsbehördliche, gerichtliche oder Vollstreckungsmaßnahmen.

Andererseits können Dialoge win-win-Situationen für alle Beteiligten schaffen, z. B. indem sie bei unklarer Rechtslage Gerichtsverfahren vermeiden. Ermessensspielräume kann

man im Dialog nutzen, um Forschungsprojekte zu initiieren oder neue Standards zu entwickeln und umzusetzen. Hierdurch sind auch Verbesserungen über gesetzliche Mindeststandards hinaus erreichbar.

Je nach nationaler Rechtslage können Dialogergebnisse im Einzelfall auch verbindlich fixiert werden, indem sie in die behördliche Zulassung integriert oder freiwillig durch private oder öffentlich-private Verträge abgesichert werden. Derartige Kompromisse können allen Parteien helfen, Risiken zu verringern und Zeit sowie Kosten zu sparen.

## 1. Wie Dialoge nachbarschaftliche Konflikte lösen

Dialoge können die Umweltschutzleistung verbessern, indem sie durch freiwillige Anstrengungen und Kommunikation Belästigungen und gesundheitsrelevante Auswirkungen auf ein für die Nachbarschaft akzeptables Maß reduzieren.

Dialoge ermöglichen die direkte Kommunikation aller Konfliktparteien. Moderations- und Mediationstechniken unterstützen die Konfliktparteien darin, zusammen zu arbeiten, eine Einigung über grundlegende Fakten zu erzielen und Problemkomplexe zu verstehen. Dialogpartner lernen, Standpunkte und Sachzwänge anderer Teilnehmer zu akzeptieren und Verantwortung für den Umgang mit dem Konflikt und dessen Lösung zu übernehmen. Langfristig fördern Dialoge das gegenseitige Verständnis; sie schaffen Zuversicht, erzeugen Vertrauen und können zur Lösung selbst von verhärteten Konflikten beitragen.

Dialoge fördern den zusätzlichen Zugang zu Informationen und die Öffentlichkeitsbeteiligung an Umweltthemen. Auf diese Weise fördern sie die Ziele der Aarhus-Konvention. Dazu zählen der Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsprozessen und der Gerichtszugang in Umweltangelegenheiten.

*Die Aarhus-Konvention wurde 1998 auf dem 4. Treffen der UNECE Konferenz in Aarhus, Dänemark unterzeichnet und ist am 30. Oktober 2001 in Kraft getreten. Bis Ende 2005 hatten 37 Staaten und die Europäische Gemeinschaft die Aarhus-Konvention ratifiziert.*

## 2. Welcher Dialogtyp ist geeignet?

Es existieren verschiedenartige Dialogverfahren. Sie unterscheiden sich darin, wer die Rolle des Initiators (z. B. Unternehmer, Behörden, Gerichte) oder des Moderators bzw. Vermittlers (ein Vertreter des Initiators oder ein Unabhängiger) übernimmt, welche Methoden angewandt werden und welche Ziele sie verfolgen. Die Zielsetzungen können breit gefächert sein.

Sie reichen von Datensammlung und Informationsaustausch über Vereinbarungen zu weitergehender Forschung durch Experten, Diskussionen zukünftiger Pläne und alternativer Handlungsmöglichkeiten bis zu Rückmeldungen des Unternehmens auf Empfehlungen der Nachbarschaft, Kompromissverhandlungen oder der Mediation zu Lösungen, die für alle Parteien akzeptabel sind.

»Dialoge« und »Runde Tische« (basierend auf Moderation) und »Mediation« oder »Mediation durch Fachberatung« (Vermittlung) charakterisieren verschiedene Ansätze. Die Ausgestaltung sollte immer auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnitten sein.

Nachbarschaftsdialoge oder Mediationen können auch nützliche Instrumente zur Prävention sein. Zwar stand im Zentrum dieses Projekts die Konfliktlösung, doch sahen die Teilnehmer ein großes Potenzial in der Anwendung von Dialogverfahren bei den gesetzlich geregelten Informations-, Kommunikations- und Beteiligungsrechten sowie bei Entscheidungsverfahren, beispielsweise um Zulassungsverfahren zu begleiten.

## 3. Schlüsselfaktoren für den Erfolg und Best Practice in Dialogen

Vor Beginn eines Dialogs sollte der Initiator oder der Moderator die Vorbedingungen und Schlüsselfaktoren für den Erfolg abschätzen.

Unverzichtbare Voraussetzungen für den Dialog sind:

■ Die Bereitschaft, darüber zu verhandeln, wie die Umweltschutzqualität verbessert werden kann

■ Die Bereitschaft aller Dialogpartner, zusammenzuarbeiten und sich einzubringen

■ Personelle und finanzielle Ressourcen z. B. für Moderation, Gutachten



## Nachbarschaftsdialoge in Deutschland

Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Hannover ist verantwortlich für verschiedene Standorte, an denen sich Nachbarn über unterschiedliche umweltrelevante Belästigungen beschwerten. Die Anwohner machten ihre Rechte in Verwaltungsverfahren und vor den Gerichten geltend, um ihre Interessen durchzusetzen, indem sie die Unternehmen und die zuständige Behörde verklagten.

Viele der bestehenden Konfliktspekte und zugrunde liegenden Interessen waren jedoch mit formalen Verfahren nicht zu handhaben. Die Konflikte wurden nie gelöst und wurden damit zu »unendlichen Geschichten«.

Im Jahr 1995 initiierte Honeywell Speciality Chemicals Seelze GmbH den ersten Nachbarschaftsdialog in der Region. Das Unternehmen lädt mittlerweile dreimal im Jahr seine Nachbarn ein, ökologische und andere für die Nachbarschaft wichtige Themen zu besprechen. Ein externer Moderator bereitet die Diskussionen vor und leitet sie. Heutzutage regeln dieses Unternehmen und seine Nachbarn die meisten Beschwerdefälle direkt miteinander.

So investiert das Unternehmen z. B. in freiwillige Maßnahmen zur Geruchsreduzierung – z. T. in Verbindung mit Modernisierungsmaßnahmen. Ein behördliches Eingreifen ist nicht notwendig. Die Behörde erhält kaum noch Beschwerden.

Mittlerweile haben eine Reihe von Unternehmen in der Region von Hannover Nachbarschaftsdialoge erfolgreich eingesetzt und dabei ihre Umweltschutzleistungen und ihre nachbarschaftlichen Beziehungen verbessert.

*Eine Nachbarin stellt Fragen zu ökologischen und gesundheitlichen Risiken.*

## Dialogmoderation im Umfeld der Mülldeponie Trecatti, GB

Das Umweltamt von England und Wales erreichten täglich bis zu 100 Beschwerden wegen der von einer Mülldeponie ausgehenden Geruchsbelästigung. Seit 1996 reagierte die Behörde auf Anwohnerbeschwerden, indem sie den Standort anhand wissenschaftlicher Daten und Risikoanalysen überwachte, das Standortmanagement zur Verwendung vorbildlicher Verfahren (Best Practice) ermutigte und dies den Anwohnern durch kommunale Vertreter und im Rahmen von Beschwerdeverfahren mitteilte. Dieses Vorgehen löste weder das Problem der Geruchsbelästigung noch den Konflikt.

Von Juli 2002 bis November 2003 waren an einem Dialogverfahren mehr als 150 Menschen beteiligt. Die Beteiligten wurden in sechs Hauptgruppen eingeteilt. Jede Gruppe traf sich jeweils einmal. Eine dreizehköpfige Arbeitsgruppe, die gemeinsam alle Interessen repräsentierte, entwickelte innerhalb von zwanzig Sitzungen konkrete Lösungen. Das führt zu folgenden Ergebnissen: einer verbesserten Wahrnehmung der zugrunde liegenden Tatsachen und Notwendigkeiten; einem Mehrheitsbeschluss und der Akzeptanz des Standortes sowie einer aktiven Standortüberwachung der Luftqualität, des Grundwasserzuflusses, der Belästigungen durch Ungeziefer, der Auswirkungen auf die Gesundheit und der eingegangenen Beschwerden. In der Folgezeit nahmen die Beschwerden und die Forderungen nach einer öffentlichen Untersuchung (gesetzliches Untersuchungsverfahren) ab. Kommunikation und Verhältnisse wurden verbessert – eine Standortverbindungsgruppe wurde gegründet, um den Dialog fortzusetzen. Sie existiert noch heute.

Schlüsselfaktoren für den Erfolg und vorbildliche Verfahren (best practice proceedings) sind:

- Einbeziehung aller wichtigen Parteien (Betreiber, Anwohner, lokale Interessengruppen, Politiker, Polizei, Feuerwehr, Inspektionsbehörden) und Erhebung und Analyse der jeweiligen Interessen, Erwartungen und Kooperationsbereitschaft
- Auswertung der so erhobenen Rückmeldungen und Handlungsspielräume mit Blick auf einen Zeitrahmen und realistische Erwartungen über erreichbare Ergebnisse
- Vorschlag eines Dialogverfahrens, das die Akteure in der Konfliktbearbeitung unterstützt. Überprüfung, ob weitere Gutachten notwendig sind. Entwicklung gemeinsamer Dialogziele und Fairnessregeln, die alle Teilnehmer als Spielregeln einer verbindlichen Dialogpartnerschaft akzeptieren

■ Klarheit und Offenheit in Bezug auf Fakten, Unsicherheiten, Verantwortlichkeiten, Sachzwänge und Alternativen

■ Verfahrenstransparenz und Beteiligung von Öffentlichkeit und Medien durch öffentliche Sitzungen und kontinuierliche Information

■ Ermutigung und Unterstützung zur Verständigung über grundlegende Fakten, zu gemeinsamem Lernen und zur Übernahme von Eigenverantwortung für die Konfliktlösung, wo dies geeignet erscheint.

■ Moderation oder Mediation durch eine neutrale dritte Person bei verhärteten Konflikten oder sehr strittigen Themen

■ Umsetzung von Ergebnissen im Rahmen rechtlicher Anforderungen und unter Sicherung oder Verbesserung von Umweltschutzleistungen

## 4. Rolle der Behörden: Initiator, Vermittler oder Teilnehmer des Dialogs

In der Regel initiieren die Inspektionsbehörden einen Dialog zwischen dem Standortbetreiber und sich beschwerenden Anwohnern. Die Behördenvertreter

ermutigen häufig zu direkter Kommunikation, vermitteln zwischen Beschwerdeführern und Unternehmen, initiieren Partnerschaften oder sind Teilnehmer in einem Dialogverfahren. In jedem Fall spielen Behörden in den Dialogen eine wichtige Rolle. Sie tragen dazu bei, eine hohe Qualität von Dialogen und deren Ergebnissen zu sichern, indem sie beispielsweise Expertenvoten bewerten, alle Parteien über die Rechtslage informieren und sicherstellen, dass rechtliche Anforderungen und Belange der öffentlichen Gesundheit berücksichtigt werden.

Manchmal wird die Behörde auch als Akteur mit eigenen Interessen am Ergebnis eines Dialogverfahrens wahrgenommen. In diesem Fall kann ein externer Moderator oder Mediator den reibungslosen Verlauf eines Dialogverfahrens sicherstellen und Rollenkonflikte vermeiden.

Erfolgreiche Dialogprozesse reduzieren Kosten, einschließlich der Bearbeitungszeiten, und verbessern zudem das Ansehen der Behörden in Bezug auf den Umgang mit Beschwerden und ihre sonstige Arbeit. Zum Beispiel geht die Anzahl der Beschwerden erfahrungsgemäß deutlich zurück. Deshalb liegt es im Interesse von Behörden, Dialogverfahren anzustoßen.

## Mediation in Drogeropslagen, NL

Die Umweltinspektionsbehörde initiierte einen Dialog, um Gesundheitsrisiken eines Aluminiumwerks mit den Bürgern von Drogeropslagen zu prüfen und zu diskutieren. Sie bezog Vertreter der Bürger in die Arbeit eines Expertenkomitees und bei der Formulierung eines



Nachbarn und Fachleute befassen sich mit Bodenuntersuchungen.

Forschungsantrags ein. Die Ergebnisse wurden auf öffentlichen Treffen vorgestellt. Zwischen dem Auftreten von Krebserkrankungen und den Emissionen des Unternehmens wurden keine signifikanten Verbindungen gefunden. Alle Parteien, einschließlich der Bürgervertreter, akzeptierten das Ergebnis.

## 5. Vorteile von Dialogen

Dialoge können Kommunikation fördern und dem Umweltschutz nutzen:

### Aufbau von Beziehungen und Vertrauen durch Informationsaustausch und Kommunikation

- Durch die Einbeziehung und Akzeptanz aller Parteien sind die Lösungen solide und dauerhaft.
- Teilnehmer erhalten zusätzlichen Zugang zu Informationen.
- Unternehmen verbessern ihr Verständnis für Belange der Nachbarschaft.
- Die Akzeptanz von Standorten durch die Nachbarn wird verbessert.
- Gute Beziehungen können geschaffen werden und zwischen den Konfliktparteien kann Vertrauen entstehen.
- Alle Parteien sind sich der Beschwerden und Interessenskonflikte bewusst und gehen offen mit ihnen um.

### Verbesserung der Umweltschutzleistung ohne gerichtlichen Zwang

- Umweltschutzleistungen können verbessert werden, z. B. in Verbindung mit ohnehin geplanten Investitionen oder durch Nutzung von Ermessensspielräumen.
- Die Ergebnisse können gesetzlich geforderte Mindeststandards übertreffen.
- Dialoge unterstützen nachhaltige Managementansätze der Unternehmen.
- Verbesserungen können auf freiwilligem Engagement beruhen.
- Unternehmen verbessern durch freiwillige Steigerung ihrer Umweltschutzleistungen ihr Image.
- Alle Parteien müssen weniger Zeit auf Beschwerden verwenden und können gerichtliche Auseinandersetzungen vermeiden.
- Unternehmen und Behörden können Zulassungsverfahren effizienter gestalten.

## 6. Einschätzung von Unsicherheiten, Grenzen und Risiken

Dialogverfahren bergen auch Risiken. Ihre Eignung hat Grenzen.

■ Es ist nicht sicher, dass der Konflikt gelöst werden kann.

■ Es ist nicht sicher, dass sich der zeitliche und finanzielle Aufwand lohnen wird, z. B. könnten die Kosten höher sein als beim üblichen Umgang mit Beschwerden.

■ Die Zeit, die ein Dialogverfahren braucht, könnte von einer Partei missbraucht werden, z. B. von einem Betreiber, der notwendige Investitionen in die Umwelttechnik hinauszögern möchte.

■ Parteien könnten sich weigern, Verantwortung für die erzielten Ergebnisse zu übernehmen.

■ Einzelpersonen könnten ein Dialogverfahren dazu nutzen wollen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Auch wenn diese nicht illegal wären, könnten sich derartige Absprachen zu Lasten Dritter (anderer Dialogteilnehmer oder Außenstehender) oder zu Lasten der Umwelt negativ auswirken (z. B. Verlagerung von Verschmutzungen von der Abluft in das Abwasser).

Die Konfliktsanalyse bewertet diese Risiken vor Beginn des Dialogs. In einigen Fällen wird der Initiator oder der Moderator spezielle Grundregeln oder Elemente in das Dialogverfahren einführen oder wegen der bestehenden Risiken keinen Dialog

empfehlen. Wenn Probleme während des Verfahrens auftreten, können der Moderator oder die Behörde intervenieren, um zu versuchen, diese zu überwinden. Wenn die Probleme nicht gelöst werden können, müssen möglicherweise der Dialog beendet und konventionelle Verfahren angewandt werden.

## 7. Weitere Informationen

Zwei nationale Projekte (Großbritannien und Deutschland) haben als Hilfestellung für den Einsatz von Dialogen einen »Werkzeugkasten« zusammengestellt und veröffentlicht. In Frankreich sind Dialogkommissionen für bestimmte Standorte sogar rechtlich vorgeschrieben.

Niedersächsisches Gewerbeaufsichtsamt Hannover: »Betriebe und ihre Nachbarn: Vertrauen aufbauen – Konflikte lösen. Zwölf Schritte zu einer guten Nachbarschaft«, Deutschland, download: [www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de](http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de)

Umweltamt von England und Wales: »Building trust with communities. A toolkit for staff«, Bristol (Großbritannien), E-Mail: [ruth.rush@environment-agency.gov.uk](mailto:ruth.rush@environment-agency.gov.uk)

Die französischen Regelungen zu örtlichen Informationsausschüssen decken drei Bereiche ab: Nuklearstandorte (CLI), Standorte des Abfallmanagements (CLIS) und industrielle Anlagen mit besonderen

Störfallrisiken (Seveso - II) (CLIC). Download des CLIC-Dekrets »Information et concertation du public: Les comités locaux d'information et de concertation CLIC«: [www.ecologie.gouv.fr/article.php3?id\\_article=2396](http://www.ecologie.gouv.fr/article.php3?id_article=2396)



Ein typisches Treffen zum Nachbarschaftsdialog bei Honeywell Specialty Chemicals Seelze GmbH

## Abschließende Empfehlungen

Die Projektteilnehmer empfehlen, die weitere Anwendung von Dialogverfahren als freiwilliges Instrument zur Stärkung der Anwendung und Durchsetzung des Umweltrechts zu unterstützen. Im Einzelnen empfehlen sie:

■ Den Einsatz von Dialogverfahren in Beschwerdeverfahren zu ermöglichen

■ Dialogverfahren im Vorfeld von oder parallel zu Zulassungsverfahren (z. B. entsprechend der IVU-Richtlinie) einzusetzen

■ Unternehmen zum Einsatz von Dialogverfahren als Teil ihrer Standortpolitik zu ermutigen.

## Die Teilnehmer des Projektes

Belgien: Dr. Sc. Robert Baert  
[robert.baert@lin.vlaanderen.be](mailto:robert.baert@lin.vlaanderen.be)

Bulgarien: Mincho Minchev/Penka Nacheva  
[riosvzs@stz.bg](mailto:riosvzs@stz.bg)

Dänemark: Lene Thystrup [lethkn@tf.kbhamt.dk](mailto:lethkn@tf.kbhamt.dk)

Deutschland: Dr. Franz Graßmann  
[franz.graszmann@afi-wdf.brandenburg.de](mailto:franz.graszmann@afi-wdf.brandenburg.de),  
Dr. Gisela Holzgraefe  
[gisela.holzgraefe@stua-iz.landsh.de](mailto:gisela.holzgraefe@stua-iz.landsh.de),  
Nadja Salzborn [nadja.salzborn@uba.de](mailto:nadja.salzborn@uba.de),  
Kristina Rabe [kristina.rabe@bmu.bund.de](mailto:kristina.rabe@bmu.bund.de),  
Dr. Christof Sangenstedt  
[christof.sangenstedt@bmu.bund.de](mailto:christof.sangenstedt@bmu.bund.de),  
Axel Strohbush  
[axel.strohbush@senstadt.verwalt-berlin.de](mailto:axel.strohbush@senstadt.verwalt-berlin.de),  
Helga Stulgies  
[helga.stulgies@stua-kr.nrw.de](mailto:helga.stulgies@stua-kr.nrw.de),  
Rolf Schmidt  
[rolf.schmidt@mu.niedersachsen.de](mailto:rolf.schmidt@mu.niedersachsen.de),  
Dr. Matthias Weigand  
[matthias.weigand@stmugv.bayern.de](mailto:matthias.weigand@stmugv.bayern.de)

Frankreich: Christian Ron  
[christian.ron@industrie.gouv.fr](mailto:christian.ron@industrie.gouv.fr)

Großbritannien: Ruth Rush  
[ruth.rush@environment-agency.gov.uk](mailto:ruth.rush@environment-agency.gov.uk)

Irland: Brendan Wall [b.wall@epa.ie](mailto:b.wall@epa.ie)

Italien: dr. Giulio Sesana/Dr. Annarosa Scarpelli  
[g.sesana@arpalombardia.it](mailto:g.sesana@arpalombardia.it),  
[ar.scarpelli@arpalombardia.it](mailto:ar.scarpelli@arpalombardia.it)

Niederlande: Gerda de Vries  
[gerda.devries@minvrom.nl](mailto:gerda.devries@minvrom.nl)

Österreich: Barbara Pucker [barbara.pucker@ktn.gv.at](mailto:barbara.pucker@ktn.gv.at)



Polen: Agnieszka Tarach, [a.tarach@gios.gov.pl](mailto:a.tarach@gios.gov.pl)

Portugal: Isabel Maria Pinto Santana  
[isantana@ig-amb.pt](mailto:isantana@ig-amb.pt)

Schweden: Hans Zetterling  
[hans.zetterling@n.lst.se](mailto:hans.zetterling@n.lst.se)

Slowakische Republik: Dr. Anna-Barbora Stykova  
[stykova@sizp.sk](mailto:stykova@sizp.sk) (allein in 2004)

Spanien: Maria de Los Angeles (Chiqui)  
Barrecheguren/Jesús Angel Ocio  
[chiqui.barrecheguren@gmail.com](mailto:chiqui.barrecheguren@gmail.com)  
[jan-ocio@ej-gv.es](mailto:jan-ocio@ej-gv.es)

Tschechische Republik:  
Eva Roleckova [roleckova@cizp.cz](mailto:roleckova@cizp.cz)

Zypern: Costas Hadjipanayiotou  
[chadjipanayiotou@environment.moa.gov.cy](mailto:chadjipanayiotou@environment.moa.gov.cy)

### Projektteam und Herausgeber:

Bernhard Klockow/Renée Bergmann/Lars Bobzien/  
Andreas Aplowski,  
c/o Staatliches  
Gewerbeaufsichtsamt,  
Am Listholze 74  
30177 Hannover  
[www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de](http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de)  
E-Mail: [lars.bobzien@gaa-h.niedersachsen.de](mailto:lars.bobzien@gaa-h.niedersachsen.de)



### Projektberater:

Maren Schüpphaus/Ruth Hammerbacher,  
hammerbacher, Osnabrück, Deutschland,  
[ms@hammerbacher.de](mailto:ms@hammerbacher.de)  
■■■■ hammerbacher

### Dialogmoderation:

Sabine Chmielewski, Honeywell Specialty  
Chemicals Seelze GmbH, Deutschland



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit



### Produktion:

Maren Schüpphaus (Kordinator)/Ruth Rush

### Fotos:

Environment Agency of England and Wales  
hammerbacher  
Honeywell Specialty Chemicals Seelze GmbH  
VROM Inspectie Noord  
Volkswagen Nutzfahrzeuge

### Layout:

Helga Kuhn, Zentrum für Umweltkommuni-  
kation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt